



# Presse- mitteilung

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL 03018 527-2869

FAX 03018 527-1871

INTERNET [www.behindertenbeauftragte.de](http://www.behindertenbeauftragte.de)

E-MAIL [info@behindertenbeauftragte.de](mailto:info@behindertenbeauftragte.de)

13/2009

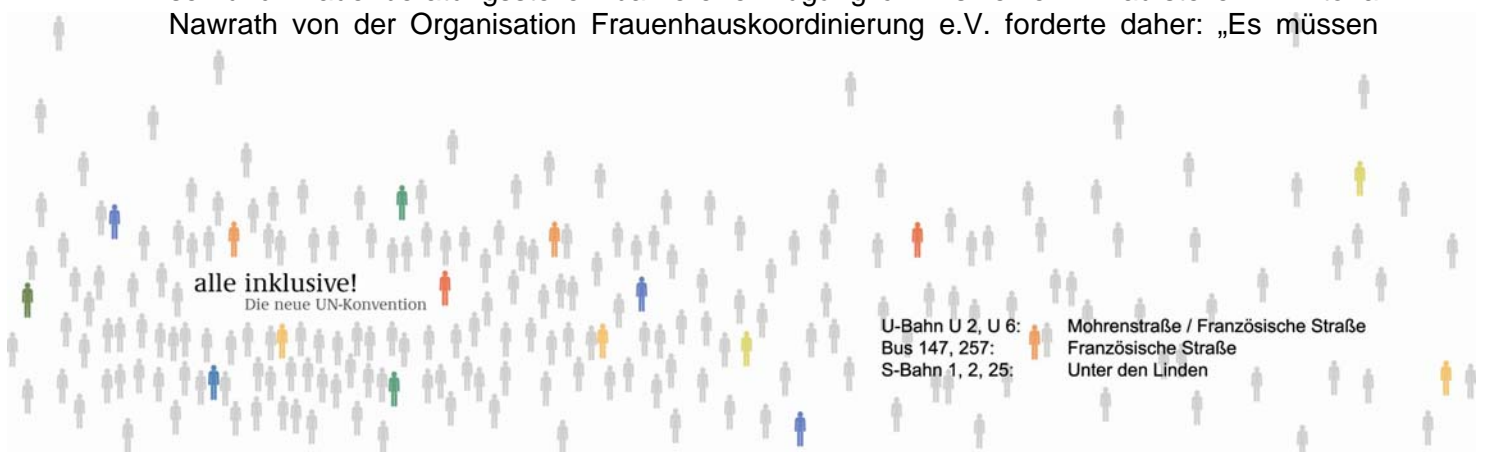
## Frauen mit Behinderungen werden oft mehrfach diskriminiert

### Behindertenbeauftragte lud zur Fachtagung rund um das Thema Politik für Frauen mit Behinderungen nach Frankfurt ein

Frankfurt am Main, 09. März 2009. Gewalt gegen behinderte Frauen, Diskriminierung bei der Gesundheitsversorgung, selbstbestimmte Mutterschaft und Erwerbsarbeit von Frauen mit Behinderungen – diese Themen standen heute im Mittelpunkt der Fachkonferenz „alle inklusive! Die neue UN-Konvention und Politik für Frauen mit Behinderungen“. Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, hatte gemeinsam mit Weibernetz e.V., Frauenhauskoordinierung e.V. und dem Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe dazu eingeladen.

Einen Tag nach dem Weltfrauentag diskutierten im SAALBAU Haus Gutleut in Frankfurt am Main die 120 Teilnehmenden der Fachkonferenz, wie es gelingen kann, dass Frauen mit Behinderungen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll und gleichberechtigt genießen können. So ist es in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben, dem weltweit ersten Menschenrechtsabkommen über die Rechte behinderter Menschen, das Ende März in Deutschland in Kraft tritt.

„Dem Europäischen Parlament zufolge erfahren nahezu 80 Prozent der Mädchen und Frauen mit Behinderungen in ihrem Leben physische oder psychische Gewalt. Sie erleben zudem oftmals mehrfache Diskriminierungen“, so Magdalene Ossege vom Vorstand Weibernetz e.V. - Politische Interessenvertretung behinderter Frauen. Allerdings sei das Hilfesystem nicht auf sie ausgerichtet. „Bislang sind beispielsweise nur etwa 10 Prozent der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen barrierefrei zugänglich. Es fehlen Anlaufstellen“. Viktoria Nawrath von der Organisation Frauenhauskoordinierung e.V. forderte daher: „Es müssen



alle Anstrengungen unternommen werden, um behinderte Frauen vor Gewalt zu schützen und ihnen die notwendigen Hilfeleistungen zu bieten.“ Bislang arbeiteten beispielsweise auch Psychotherapeutinnen in den meisten Fällen nicht mit Frauen mit Lernschwierigkeiten oder sogenannter geistiger Behinderung zusammen.

Auch bei der Gesundheitsversorgung sind Frauen mit Behinderung benachteiligt. Sie können häufig keine Vorsorge-Untersuchungen in Anspruch nehmen, weil gynäkologische Praxen nicht barrierefrei zugänglich sind. Derzeit gibt es in Deutschland nur zwei Einrichtungen, die eine Sprechstunde für Frauen mit Behinderungen anbieten. Für Katja Grieger vom Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe ein unhaltbarer Zustand: „Menschenrechte sind unteilbar. Frauen und Mädchen mit Behinderungen müssen das Recht haben, gleichberechtigt und selbstbestimmt leben zu können. Das umfasst Fragen der Gesundheitsvorsorge genauso wie das Recht auf Mutterschaft. Dafür setzen wir uns ein“.

Karin Evers-Meyer zog nach der Veranstaltung ein positives Fazit. „Eine zentrale Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention ist, dass Fälle von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch gegenüber Frauen und Mädchen mit Behinderungen erkannt, untersucht und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt werden,“ so die Behindertenbeauftragte. „Vor allem der Schutz gegen Gewalt hat hier oberste Priorität. Auch in Fragen der Mutterschaft und Erwerbsarbeit gibt es noch einigen Handlungsbedarf. Diesen haben wir mit der heutigen Konferenz deutlich gemacht und Anstöße zur Umsetzung der in der Behindertenrechtskonvention anerkannten Rechte gegeben.“

Die Konferenz fand im Rahmen der Kampagne „alle inklusive! – Die neue UN-Konvention“ statt. Insgesamt lädt die Behindertenbeauftragte bis Ende März zu acht Veranstaltungen bundesweit ein, die jeweils ein spezielles Thema der Konvention in den Blickpunkt rücken – von Bildungspolitik über Barrierefreiheit bis hin zu Politik für Frauen mit Behinderungen.

Die nächste Fachkonferenz findet am 18. März in Mainz zum Thema Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen statt.

Weitere Informationen unter: [www.behindertenbeauftragte.de/alle-inklusive](http://www.behindertenbeauftragte.de/alle-inklusive)

Kontakt:

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen  
11017 Berlin  
Tel.: 03018 527-2869  
Fax: 03018 527-1803  
E-Mail: [Sigrid.Arnade@bmas.bund.de](mailto:Sigrid.Arnade@bmas.bund.de)

Pressekontakt „alle inklusive!“:

crossrelations GmbH (GPRA)  
Christina Marx  
Tel.: 0211-882736-10  
E-Mail: [christina.marx@crossrelations.de](mailto:christina.marx@crossrelations.de)

